

Nr.

Schäfer,
Ferdinand

angefangen : 19
beendet : 19

Landesarchiv Berlin

3 Rep. 057-01

Nr. 2948

1AR(2SHR) 1227/65

Psch 224



Stolzenberg
Bestell-Nr. 1

Bei Behördenhaltung
ist dies die Titelseite

15/4

1 Fs 5/65 (RSH7)

Beizakten:

0 12 37 S. f. J. gem. Vfg. v. 26.4.65 gehr. Jkt

(Name and address of requesting agency)

T-URGENT

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 742, U.S. Forces

Date: 8. Sept. 1964

It is requested that your records on the following named person be checked:

1275552

Name: **S c h ä f e r , Ferdinand**

Place of birth:

Date of birth:

Occupation:

Present address:

Other information: **PS, Dez. 1941 IKPK**

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	☒	☐	7. SA	☐	☐	13. NS-Lehrerbund	☐	☐
2. Applications	☐	☐	8. OPG	☐	☐	14. Reichsaerztekammer	☐	☐
3. PK	☐	☐	9. RWA	☐	☐	15. Party Census	☐	☐
4. SS Officers	☐	☐	10. EWZ	☐	☐	16.	☐	☐
5. RUSHA	☒	☐	11. Kulturkammer	☐	☐	17.	☐	☐
6. Other SS Records	☐	☐	12. Volksgerichtshof	☐	☐	18.	☐	☐

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

- 1) Zonf: Schneider
 2) 2. 6. 10. 30 Angehöriger Polizei Bonn
 2. Okt. 1934 Landespolizeischießschule Sauerbrunn / Omp.
 2. 1. 10. 36 Schützpolizei Berlin
 3) Angehöriger der FKPK (?)
 4) Fotokop. erforderlich

St. 26.8

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

R. u. G.-Fragebogen

(Von Frauen sinngemäß auszufüllen.)

Name und Vorname des H.-Angehörigen, der für sich oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

Ferdinand Schläfer 2

Dienstgrad: H.-Nr.

Eip. Nr.

Name (leserlich schreiben): Ferdinand Schläfer

in H seit Dienstgrad: H.-Einheit:

in SA von bis in H von bis

Mitglieds-Nummer in Partei: in H:

geb. am 4. Mai 1908 zu Bonn a/Rh. Kreis: Bonn

Land: Rheinland jetzt Alter: 30 Jahre Glaubensbekenntnis: kath.

Jetziger Wohnst: Ku.-Charlottenburg Wohnung: Lindener Str. 15 r. II.

Beruf und Berufsstellung: Polizei-Revieroberwachtmeister

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswechsel vor? nein

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungsheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

Führerschein Kl. I, Reichssportabzeichen u. Mitgliedschein

Staatsangehörigkeit: Deutscher

Ehrenamtliche Tätigkeit: keine

Dienst im alten Heer: Truppe von bis

Freikorps von bis

Reichswehr von bis

Schutzpolizei von Okt. 1930 bis heute

Neue Wehrmacht von Okt. 1935 bis Okt. 1936

Letzter Dienstgrad: Unteroffizier

Frontkämpfer: bis ; verwundet:

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaillen Medaille für treue Dienste in der Wehrmacht

Personenstand (ledig, verwitwet, geschieden - seit wann): verheiratet 19.10.35

Welcher Konfession ist der Antragsteller? kath. die zukünftige Braut (Ehefrau)? ev.

(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekenntnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja - nein. ja ev.

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form?

Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? Ja - nein. ja

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift): Finanzamt Leusburg, Ostpr.

Wann wurde der Antrag gestellt? im Januar 1936

Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? Ja - nein. ja

Soll das Ehestandsdarlehen beantragt werden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)?

Lebenslauf:

(Ausführlich und eigenhändig mit Tinte geschrieben.)

Als Sohn des Tischlers Franz Schöpfer, wurde ich am 4. Mai 1908 zu Bonn a/Rh. geboren. Von meinem 6. - 14. Lebensjahr besuchte ich die Volksschule zu Bonn. Nach erfolgreichem Besuch wurde ich Ostern 1922 aus der 7. Klasse entlassen. Nach meiner Schulentlassung erlernte ich das Schneiderhandwerk. Ich trat am 3. März 1923 meine Lehrzeit an und beendete sie am 25. Okt. 1925. Von meinem 17. - 22. Lebensjahr habe ich als Geselle für die Firma Oberländer in Bonn a/Rh. gearbeitet. Da ich schon immer besonderes Interesse für den militärischen Dienst hatte, bewarb ich im April 1930 um die Schutzpolizei in Bonn. Nach polizeiarztlicher Untersuchung wurde ich für tauglich befunden und wurde am 6. Oktober 1930 bei der Polizei-Schule Bonn eingestellt. Nach einjähriger Ausbildung meldete ich mich freiwillig zum Reitlehrgang in Krefeld, wo ich von Oktober 1931 bis April 1932 ausgebildet wurde. Im Mai 1932 wurde ich dann zur berittenen Schutzpolizei-Hundertchaft Köln versetzt. Mit der Auflösung dieser Hundertschaft wurde ich am 6. Okt. 1934 zur Landespolizei-Schule Tausburg Osth. versetzt und wurde am 1. Okt. 1935 von der Wehrmacht übernommen. Ich war 1 Jahr Angehöriger der 4. St. G. R. I. R. 44. Nachdem mir die 6 Jahre als Wehrmachtsdienstjahre angerechnet wurden, schied ich in Ehren aus dem Heer aus. Da ich nun einmal den Polizeiberuf eingeschlagen hatte, wurde ich am 1. Okt. 1936 rückversetzt zur Schutzpolizei Berlin.

Ferdinand Schöpfer

Raum zum Aufleben der Lichtbilder.

4



119

Raum zum Aufleben der Lichtbilder.



6

Nr. 2 Name des leiblichen Vaters: Schröder Vorname: Franz
Beruf: Lischler jetziges Alter: 60 Jahre Sterbealter:
Todesursache:
Ueberstandene Krankheiten: keine

Nr. 3 Geburtsname der Mutter: Lieberg Vorname: Maria
jetziges Alter: 57 Jahre Sterbealter:
Todesursache:
Ueberstandene Krankheiten: keine

Nr. 4 Großvater väterl. Name: Schröder Vorname: Josef
Beruf: jetziges Alter: Sterbealter: 65 Jahre
Todesursache: Altersschwäche
Ueberstandene Krankheiten: keine

Nr. 5 Großmutter väterl. Name: Schröder, geb. Nitz Vorname: Franziska
jetziges Alter: Sterbealter: 63 Jahre
Todesursache: Altersschwäche
Ueberstandene Krankheiten: keine

Nr. 6 Großvater mütterl. Name: Lieberg Vorname: Ferdinand
Beruf: jetziges Alter: Sterbealter: 89 Jahre
Todesursache: Altersschwäche
Ueberstandene Krankheiten: keine

Nr. 7 Großmutter mütterl. Name: Lieberg, geb. Böll Vorname: Eva
jetziges Alter: Sterbealter: 80 Jahre
Todesursache: Altersschwäche
Ueberstandene Krankheiten: keine

a) Ich versichere hiermit, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

b) Ich bin mir bewußt, daß wissentlich falsche Angaben den Ausschluß aus der H nach sich ziehen.

Berlin-Charlottenburg 1., den 27. Januar 1939
(Ort) (Datum)

Ferdinand Schröder
(Unterschrift)

Name: Schäfer Ferdinand
Pol. Beamt. Beruf: Geborene: Berlin
Verheiratete: Charlottenburg
Datum: 4.3.08 Geb.-Ort: Bonn
Nr.: 7618036 Aufn.: 1. April 1940
5.3.40
Aufnahme beantragt am:
Wiederaufn. beantragt am: genehm.:
Austritt:
Geführt:
Ausschluß:
Aufgehoben:
Gestrichen wegen:
Zurückgenommen:
Zugang zur Wehrmacht:
Zugang von
Gestorben:
Bemerkungen:

7
Mindererstr 15
Berlin Charlottenburg
Ortsgr.: Berlin Gau: Berlin
Monatsmeldg. Gau: Braunes Haus Nr. 543 Bl. 9 (Z)
Lt. Nr. M. B. Braunes Haus vom 7.43
Wohnung: Berlin - Charl. 1 Wohnung Nr. 1
Ortsgr.: Braunes Haus Gau: P. L.
Monatsmeldg. Gau: Nr. Bl.
Lt. Nr. / vom
Wohnung:
Ortsgr.: Gau:
Monatsmeldg. Gau: Nr. Bl.
Lt. Nr. / vom
Wohnung: Mißstand
Ortsgr.: Gau:
Monatsmeldg. Gau: Nr. Bl.
Lt. Nr. / vom
Wohnung:
Ortsgr.: Gau:

8

1. Vermerk

S c h ä f e r , dessen derzeitiger Aufenthaltsort bisher nicht ermittelt werden konnte, wird in den Tel. Verz. des RSHA von 1942 und 1943 nicht genannt. Lt. Liste der Leih-Verausgaben, S. 76 (Dez. 1941) gehörte er der IKPK an. In der Ostliste ist er für IV B 2 (Politischer Protestantismus, Sekten) verzeichnet. Spruchkammerakten: Vorg. 01257 Berlin.

2. ✓ Spruchkammerakten ^{Vorg.} 01257 bei der Senatsverwaltung für Inneres, Berlin, erfordern.

3. Frist: 15. IV. 1965

B., d. 25. März 1965

Zu 2) H. ef.

25. März 1965 Jee

Der Senator für Inneres

I F 1 - 0258 (Schäfer, Ferdinand)

9
Berlin 31, den 21. April 1965
Fehrbelliner Platz 2
~~Fernruf: 87 04 86 App. 10~~
Innenbetrieb (95) ~~4265~~ 3810
Fernruf: 7801 3810

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

Vertraulich - Verschllossen!
Mit Empfangsbekennntnis!

EB ab

26. April 1965

Betr.: Ferdinand S c h ä f e r, geboren am 4. Mai 1908.

Vorg.: Ihr Schreiben vom 25. März 1965 - 1 AR (RSA) 1227/65 -

Anl.: Akte(n)/ ~~Auskunft des BDC/~~ Fotokopie(n) 1 Vorgang

Auf Grund des § 17 - ~~§ 13 Abs. 4~~ des Zweiten Gesetzes zum Abschluß der Entnazifizierung vom 20. Dezember 1955 (GVBl. S.1022) übersende(n) ich / ~~wir Ihnen die erbetene(n) Entnazifizierungsakte(n) - die Aus-~~
~~kunft des Berlin Document Center Nummer~~ vom einen Vorgang und ~~Fotokopie(n) sämtlicher/ der wesentlichsten Unterlagen des~~
~~BDC über den / die Obengenannte(n) zur Einsichtnahme mit der Bitte~~
~~um Rückgabe der Akte(n) - Fotokopie(n) bis zum nach Gebrauch.~~

In meinem / unserem Archiv konnten keine Unterlagen über den / die Obengenannte(n) ermittelt werden.

Das Berlin Document Center hat durch die beigelegte Auskunft Nummer vom mitgeteilt, daß Unterlagen über den / die Obengenannte(n) nicht ermittelt werden konnten (~~"negativ"~~).

Eine Weitergabe der Unterlage(n) ist nur im Rahmen des § 17 aaO. zulässig.

Im Auftrage

(Magen)

1) Vermutung:
 Hinsichtlich des tps. H. ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Leichnam
 im Berlin-Charlottenburg, Min. d. Inn. Nr. 15 vorkommt
 war, wird Wahrung von P. 5.45 für - hat z. B. nicht
 worden (Wahl z. ist nicht angegeben). Wer in der
 Vergangenheit der Wahrscheinlichkeit von NSU H. bis heute keine
 Wahrung in bekommen sind, und bei diesen
 Sachlage auf keine Wahrung in der Sache werden
 Verbleib verbleibt.

2) tps. H. Vorg. 01257 gegen E. B. Hermann

3) W. H. H. - Sachver. liegen

26. APR. 1965
 R

zu 2) BR. ./. E. B. geh.
 26. APR. 1965 R-

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

(Name der absendenden Behörde)



(Eingangsstempel)

10

Empfangsbekanntnis
über die Zustellung (§ 5 Abs. 2 VWZG)

Aktenzeichen	Datum	Anlagen
1 AR(RSHA) 1227/65	2 6. APR. 1965	01257 ✓

abgesandt am 2 6. APR. 1965

empfangen

Berlin, den 5. Mai 1965 196.....

Sofort zurückerbeten an

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

1 Berlin 21
Tuchstr. 91

DER SENATOR FÜR INNERES

7. A.

[Handwritten signature]

(Unterschrift und gegebenenfalls Stempel des Empfängers)

1 H R (NSHH) 1227/65

1.

1) Vermutl.

Kriegsgrund nach der Vfg. vom 26.4.65 gewonnenes
Ehrenkreuz ist Ferdinand Schräfer in dem Verfahren
17p 5/65 als Misch. eingetragene worden. Die H. H. nach
Bereich ausgenommen. Nachforschungen für einen derartigen
Kriegsgrund haben sich nicht ergeben. Die Betroffene
ist pers. noch erklärt.

2) Wieder eingetragene

6.5.66 H

DER INNENMINISTER

des Landes Nordrhein-Westfalen

- II B 3 - 4.53 Scha. 8/70 -

4 DUSSELDORF, den 6. August 1970

Elisabethstraße 5

Tel. 8711 · Durchwahl 871/..... 435

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

14	Anlagen
	Abschriften
	DM Kest M.

1 Berlin 21

Wilsnacker Str. 6



Betr.: Durchführung des G 131;

hier: Zahlung von Hinterbliebenenbezügen an die Witwe
des ehemaligen Polizeisekretärs Ferdinand Schäfer,
geb. am 4.5.1908, Frau Elisabeth Schäfer, 41
Duisburg, Musfeldstr.79

Bezug: Ohne

Der verstorbene Beamte gehörte vom 6.10.1930 bis zum 31.8.1939
der Schutzpolizei an. Vom 1.9.1939 bis 8.5.1945 war er Ange-
höriger der früheren Geheimen Staatspolizei. Letzter Dienst-
grad: Polizeisekretär.

Der Senator für Inneres in Berlin hat am 28.11.1955 die Ver-
setzung des Obengenannten zur Gestapo als von Amts wegen er-
folgt anerkannt. Die Dienstzeit sowie die bei der Gestapo er-
langten Beförderungen bis zum Polizeisekretär blieben unbe-
rücksichtigt.

/ Nach einer bei den Versorgungsakten befindlichen Anlage zum
Protokoll vom 14.11.1955, die ich in Ablichtung beifüge, ist
Sch. im Herbst 1943 zum Einsatz nach Frankreich gekommen. Er
trug die Uniform eines SS-Sturmscharführers. Im Mai 1945 ist
der Genannte in Berlin gefallen.

Die Versorgungsregelungsbehörde hat mir die Sache zur Ent-
scheidung nach § 67 G 131 vorgelegt, ob die bei der Gestapo
abgeleistete Dienstzeit als ruhegehaltfähig anerkannt werden
kann und ggf. auch, ob die Ernennung zum Polizeisekretär an-
erkannt werden kann.

Auf eine Rückfrage bei der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg teilt diese mir folgendes mit:

" Schäfer ist in dem Verfahren des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht Berlin - 1 Js 5/65 (RSHA) - der 34. Beschuldigte wegen Mitwirkung an der Ermordung russischer Kriegsgefangener. Er ist in die Beschuldigtenliste offenbar deshalb aufgenommen worden, weil er dem mit Angelegenheiten russischer Kriegsgefangener befaßten Referat IV B 2 a des RSHA angehörte und sein Tod bisher als nicht hinreichend erwiesen angesehen wurde. Dem hier vorliegenden Einleitungsvermerk sind konkrete Belastungen gegen Schäfer nicht zu entnehmen. Ich darf mir deshalb die Anregung erlauben, beim Generalstaatsanwalt in Berlin unter obigem Aktenzeichen nach dem Sachstand anzufragen. "

Ich wäre für Ihre gefl. Mitteilung dankbar, ob dort Erkenntnisse über den verstorbenen Beamten bekannt geworden sind.

Im Auftrag

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'L. Müller' or similar, written in a cursive style.

Verhandelt zu C u x h a v e n^I, am 14. Januar 1955.

Vor mir, dem Notar im Amtsgerichtsbezirk Cuxhaven, Hans K ö h l e r in Cuxhaven, erschien, zur Person ausgewiesen durch behelfsmässigen Personalausweis No G 0226215 mit Lichtbild, ausgestellt durch den Polizeipräsident in Berlin, Polizeirevier 130, am 26. Juli 1952, als Personalausweis No 130/739/52

die Witwe Elisabeth S c h ä f e r, geborene Mützel, z.Zt. wohnhaft Cuxhaven, Segelckestr. 33 b/Wenk.

Die Erschienene erklärte:

Ich habe am 8.9.1954 an den Senator für Inneres in Berlin, zu dessen Geschäftsnummer II. K 16/1, Pens.No. 1 -021 -276 unter der Anschrift Berlin-Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 1 Zimmer 1047 ein Gesuch eingereicht, um eine Erhöhung meiner Witwenpension zu erreichen.

Am 28.12.54 erhielt ich von da die Aufforderung den Nachweis zu führen, dass die Veretzung meines Ehemannes von Amtswegen erfolgt ist.

Irgendwelche amtliche Schriftsätze besitze ich nicht.

Ich kann nur durch meine eigene eidesstattliche Versicherung meine Angaben glaubhaft machen.

Ich versichere daher, wobei mir bekannt ist, dass falsche Angaben, die, wie diese Erklärung, zur Verwendung bei einer Behörde Verwendung finden sollen, Strafe nach sich ziehen.

Und erkläre nunmehr:

Die Kommandierung meines Ehemannes Ferdinand S c h ä f e r zur Geheimen Staatspolizei ist, wie ich darauf schliesse, dass er über diese Abkommandierung recht ärgerlich und wenig erbaut war, von amtswegen erfolgt. Er brachte das zum Ausdruck als er mir diese Abkommandierung mitteilte.

Im übrigen war er in der Prinz-Albrechtstr. im Besoldungsreferat (Innendienst).

Mein oben erwähntes Schreiben vom 8.9.54 ist mir soeben in den Punkten 1 - 5 vorgelesen. Auch die in dem Schreiben

enthaltenen Angaben sind richtig und versichere ich die Richtigkeit dieser und der obigen weiteren Angaben hiermit an Eidesstatt.

Das Protokoll nebst Anlage wurde der Erschienenen verlesen, von ihr genehmigt und eigenhändig, wie folgt, unterschrieben:

gez. Elisabeth Schäfer geb. Mutzek

gez. H. Köhler

L.S. Notar.

Wert: DM 500.-

RKO §	DM	6.-
Umsatzsteuer	"	-.24
	DM	6.24

gez. H. Köhler

Anlage

Elisabeth Schäfer

Cuxhaven, den 8.9.1954

z.Zt. Cuxhaven, Segelckestr. 33^{III}

An
den Herrn Senator für Inneres,
BERLIN - WILMERSDORF
Fehrbelliner Platz 1.

Gesch.Z.: Inn II K 6/3

Pens.Nr.: 1 - 390 - 2440

Betrifft: Ihr Schreiben vom 30.8.1954.

- 1.) Ich bedauere sehr, dass ich von den mir gestellten Fragen nur die wenigsten präzise beantworten kann, und zwar erstens deswegen, weil nach so vielen Jahren mein Gedächtnis mich in Stich lässt, und zweitens, weil die Unterlagen, die ich einmal hatte, von meiner Mutter aus Angst vor den Russen zerrissen und vernichtet worden sind, als meine Eltern und ich am 27. Januar 1945 aus Sensburg in Ostpreussen fliehen mussten; ich habe ja nicht einmal ein Bild meines Mannes behalten können. Das alles würde Ihnen meine Mutter, die jetzt im polnisch besetzten Teil Deutschlands lebt, bestätigen. Ich kann zu den mir gestellten Fragen nur folgendes erklären:
- 2.) Mein Mann, der in Berlin-Charlottenburg bei der Schutzpolizei tätig war, wurde, ich glaube, es war im Jahre 1941 oder 1942, zur Geheimen Staatspolizei abkommandiert; hier war er in der Prinz-Albrecht-Str. als Polizeisekretär im Innendienst, und zwar im Besoldungsdienst, tätig. Von der Kommandierung meines Mannes zur Geheimen Staatspolizei habe ich vor zwei Jahren gelegentlich einer Rücksprache dem Herrn Sachbearbeiter bereits Mitteilung gemacht.
- 3.) Schon vorher war mein Mann zum Beamten auf Lebenszeit ernannt worden. Mein Mann kam eines Tages aus dem Dienst, teilte mir seine Ernennung mit, gab mir die Ernennungsurkunde und sagte dabei: "Wenn mir jetzt etwas passiert, bekommst du eine Pension."

- 106
- 4.) Im Herbst 1943 kam mein Mann in den Einsatz nach Frankreich; hier trug er die Uniform eines SS -Sturmscharführers. Ich war, als er in Frankreich war, mit meinen beiden Jungen zu meinen Eltern nach Sensburg in Ostpreussen gefahren. Mein Mann kam mit den letzten Truppen aus Südfrankreich zurück, und zwar nach Danzig. Hier habe ich ihn im Januar 1945 zum letzten Mal gesehen. - Ich bin mit meinem jüngsten Sohn Jürgen im Schnellboot nach Schleswig-Holstein gebracht worden; den Ältesten, Dieter, hatte ich auf der Flucht verloren; ich fand ihn nach 5 Wochen in Flensburg wieder.
- 5.) Durch meinen Bruder, der sich in Berlin aufhielt, erfuhr ich, dass mein Mann, der inzwischen nach Berlin gekommen war, in den letzten Kämpfen um Berlin gefallen war, und zwar in Gebäude der Kaserne in der Sophie-Charlotte-Str.. Ich überreichte den Brief einer Frau Lotte Hegner, die wie ich in Sensburg beheimatet war, vom 12. Juli 1948, in welchem sie mir das Nähere mitteilte. - Ich bitte um Rückgabe dieses Briefes.
- 6.) Die Feldpostnummer meines Mannes weiss ich nicht mehr und kann sie auch nicht mehr feststellen.
- 7.) Da mein Mann bei der Geheimen Staatspolizei wie gesagt nur im Innendienst tätig gewesen ist, sich nichts hat zu Schulden kommen lassen und keinem Menschen etwas zu Leide getan hat, habe ich es nie verstanden können, dass man mir nur den Pensionsmindestsatz zuerkannt hat. Ich wäre sehr dankbar, wenn man unter diesem Gesichtspunkt die Höhe meiner Pension einer neuen Prüfung unterziehen würde. Ich bin der Meinung, der Fall ist so gelagert, dass man bei Berechnung der Pension die Zeit, die mein Mann bei der Geheimen Staatspolizei war, unberücksichtigt lassen und mir voll anrechnen könnte und sollte.
- 8.) Herr Walter Feise wird im Laufe der nächsten Woche dort vorsprechen, um zu hören, ob Sie mit dieser Auskunft zufrieden gestellt sind.

vorstehendes Protokoll nebst Anlage wird hiermit zum ersten Male ausgefertigt und diese 1. Ausfertigung der Witwe Frau Elisabeth Schäfer, geb. Mutzek, z. Zt. Cuxhaven, Segelckstrasse 33, wohnhaft, erteilt.

Cuxhaven den 16. Januar 1955

J. Feise

Notar.

Abschrift

1 Js 1/64 (RSHA)

An den
Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Düsseldorf
Elisabethstr. 5

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Verdachts des Mordes (Tötungen sowjetischer
und polnischer Kriegsgefangener),
hier: den früheren Polizeisekretär Ferdinand Schäfer,
geb. am 4. Mai 1908.

Bezug: Schreiben vom 6. August 1970
- II B 3 - 4.53 Scha. 8/70 -

Der mit Wirkung vom 8. Mai 1945 für tot erklärte Polizei-
sekretär Ferdinand S c h ä f e r ist im Verfahren
1 Js 5/65 (RSHA), das inzwischen mit dem Vorgang 1 Js 1/64 (RSHA)
verbunden worden ist, in den Kreis der Beschuldigten einbezogen
worden, weil er zwischen 1939 und 1945 im RSHA, zeitweise im
Referat IV B 2, tätig gewesen sein soll. Dieses Referat war
ab April 1944 u.a. auch für sowjetische und polnische Kriegs-
gefangene zuständig.

Die kurz vor dem Abschluß stehenden Ermittlungen haben jedoch
keine konkreten Anhaltspunkte dafür erbracht, daß Schäfer
jemals mit Kriegsgefangenenangelegenheiten befaßt war. Auch
sonst haben sich über ihn keine belastenden Erkenntnisse
ergeben.

Im Auftrage

Selle

Oberstaatsanwalt

1 Js 1/64 (RSHA)

I. V e r m e r k e

1) Der Beschuldigte

Pers.R. P_r13

Dr. Friedrich R a n g ,
früher Regierungsdirektor und
SS-Standartenführer,
geboren am 9. April 1899 in Grotten,
Wohnhaft in Göttingen, Brauweg 19,

war Leiter der Gruppe IV D des RSHA von Juli 1943
bis März 1944 und ist deshalb als Beschuldigter
in das Verfahren einbezogen worden. Von August 1943
bis Oktober/November 1943 befand er sich in station-
närer Behandlung. Neben seiner Tätigkeit als Grup-
penleiter IV D behielt er das Pressereferat IV C 3
als Leiter bei. Von April 1944 ab leitete er die
Abteilung IV B 3 bis Dezember 1944 und anschließend
bis März 1945 die Abteilung IV A 5 des RSHA. Danach
war er bis Kriegsende Leiter der Auslandsbriefprüf-
stelle Dänemark.

Wegen seiner beschränkten Dienstfähigkeit infolge
einer Krankheit soll ihm der Amtschef IV den dama-
ligen ORR L i s c h k a als Vertreter zur Ent-
lastung beigegeben haben. Dr. Rang gibt an, aus diesem
Grunde nur die personelle Aufsicht über alle Refe-
rate der Gruppe IV D geführt zu haben; in recht-
licher Hinsicht will er nur die Dienstaufsicht über
die Referate IV D 1 (Protectoratsangelegenheiten) und
IV D 4 (besetzte Gebiete Frankreich, Belgien, Hol-
land, Norwegen, Dänemark) geführt haben.
Dagegen soll nach seinen Angaben ORR L i s c h k a,
was dieser allerdings bestreitet,
die sachliche Dienstaufsicht über die anderen Refe-
rate IV D 2 (Generalgouvernement (GG)),
IV D 3 (Staatsfeindliche Ausländer, Emigranten) und
IV D 5 (besetzte Ostgebiete) innegehabt haben. Diese
Angaben konnten dem Beschuldigten Dr. R a n g
weiterer mangels entgegenschender Aussagen und im Hinblick

darauf, daß die vorhandenen Dokumente nichts Gegenteiliges ergeben haben, nicht widerlegt werden.

Dok.O.IX, 225
EV Teil B,
S.358a-c
Dok.O.IX, 206

Aus diesem Grunde ließ sich der Verdacht nicht nachweisen, daß Dr. R a n g als Gruppenleiter IV D die im Sachgebiet IV D 5 d von dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s bearbeiteten Exekutionsbefehle gegen ausgesonderte sowjetische Kriegsgefangene und die Sonderbehandlungsanordnungen in Einzelfällen gegen sowjetische und polnische Kriegsgefangene, insbesondere den Exekutionsbefehl gegen den sowjetischen Kriegsgefangenen P a w e l s c h e n k o vom 16. September 1943 - IV D 5 d B.Nr.1814/43 - mitgezeichnet habe. Andererseits steht fest, daß er den sogenannten "Kugelfehl gegen flüchtige Offiziere und Unteroffiziere" vom 2. März 1944 - IV D 5 d 61.44gRs - nicht unterschrieben hat. Dieser Erlaß trägt die Unterschrift von Dr. P i f f r a d e r A c h a m e r .

Dr. R a n g bestreitet zwar in seiner verantwortlichen Vernehmung vom 14. Dezember 1968 nicht, daß er von Tötungsbefehlen bzw. -erlassen Kenntnis erhalten habe, die in der Gruppe IV D von den zuständigen Referaten bearbeitet worden waren. Er weist jedoch entschieden den Vorwurf zurück, solche Erlasse jemals mitgezeichnet zu haben. Die vernommenen Schreibkräfte aus IV D 5, die Zeuginnen B e c k, W e i s e r und G r e i f e n d o r f, konnten Gegenteiliges nicht bekunden. Ebenso reichen die Angaben der Referatsangehörigen in IV D 5, B r a n d e n b u r g, F u m y, Dr. K n o b l o c h und S i m o n sowie des stellvertretenden Gruppenleiters IV D, L i s c h k a und des Beschuldigten K ö n i g s h a u s nicht aus, den nur aus seiner Funktion als Gruppenleiter IV D hergeleiteten Verdacht einer Mitwirkung an Tötungserlassen aufrechtzuerhalten. Es muß deshalb davon

ausgegangen werden, daß die Referenten der Gruppe IV D befugt waren, sich unmittelbar in Sachfragen an den Amtschef IV zu wenden und ihm Tötungserlasse und Sonderbehandlungsanordnungen direkt zur Unterschrift vorzulegen. Da sonstige konkrete Anhaltspunkte oder Beweismittel nicht zur Verfügung stehen, ist bei dieser Sachlage das Verfahren gegen Dr. R a n g einzustellen.

2) Der Beschuldigte

Pers.H. P₁ 58

Kurt Paul Werner L i s c h k a ,
früher Oberregierungsrat und
SS-Obersturmbannführer,
geboren am 16. August 1909 in Breslau,
wohnhaft in Köln-Hohweide,
Bergisch-Gladbacher-Straße 554,

kam als Beschuldigter im Rahmen dieses Verfahrens in Betracht, weil er ab November 1943 der Gruppe IV D angehörte. Er bestreitet, als Vertreter des Gruppenleiters IV D, Dr. R a n g , eingesetzt worden zu sein und hält dessen Angaben hierzu für unzutreffend. Nach einer allgemeinen informati-schen Beschäftigung in den einzelnen Referaten der Gruppe IV D übernahm er etwa im Februar 1944 das Referat IV D 1 (Protektoratsangelegenheiten) von seinem Vorgänger Dr. L e t t o w und verblieb, unterbrochen durch verschiedene Sondereinsätze (Sonderkommission 20. Juli 1944 bis Ende Oktober 1944, Sonderkommission Slowakischer Aufstand), bis zum Kriegsende in dieser Dienststellung, zuletzt im Ausweichlager Dachs bei Trebnitz. Soweit Dr. R a n g ihn als Leiter der ab 1. April 1944 so benannten Gruppe IV B des RSHA bezeichnete, bestreitet er ebenfalls, diese Dienststellung innegehabt zu haben. Gegenteiliges konnte ihm nicht mit ausreichender Sicherheit nachgewiesen werden.

Den Beschuldigten K ö n i g s h a u s kannte er aus dem Sachgebiet II B 1 (Katholische Kirchen) ^{des Gestapo} aus der Zeit ab 1936, als er - Lischka - bis 1937 Leiter dieses Sachgebietes und bis Ende 1937 Leiter des Referates II B 2 war.

Dagegen verneinte L i s c h k a noch eine Erinnerung an den Beschuldigten K ö n i g s h a u s aus der Zeit seiner Tätigkeit

in der Gruppe IV D, später Abteilung IV B 2, gehabt zu haben.

Die Zeuginnen K e m p e , B e c k , G r e i -
f e n d o r f , G ü n t h e r und W e i s e r
verneinen, daß L i s c h k a während ihrer Tä-
tigkeit als Schreibkräfte in den Referaten IV D 5
bzw. dem Referat IV B 2 mit Angelegenhei-
ten sowjetischer Kriegsgefangener
befaßt gewesen ist. Ebenso enthalten die Aussagen
der Angehörigen dieser Referate, B r a n d e n -
b u r g , K r e t s c h m a n n , S i m o n ,
Dr. K n o b l o c h und Z i m m e r m a n n
keine konkreten Angaben in dieser Richtung.
L i s c h k a selbst bestritt bei seiner verant-
wortlichen Vernehmung am 13. März 1970, jemals
Tötungserlasse, Exekutionsbefehle oder Sonder-
behandlungsanordnungen gegen polnische oder so-
wjetische Kriegsgefangene mitgezeichnet zu haben.
Da einschlägige Dokumente nicht vorhanden sind,
die das Gegenteil zu beweisen geeignet sein könnten,
war ihm seine Einlassung nicht zu widerlegen. Das
Verfahren gegen ihn ist deshalb einzustellen.

Bd.XXI, 172ff

3) Der Beschuldigte

Pers.H.P._r 26

Joachim R e i c h e n b a c h ,
früher Kriminalrat und
SS-Hauptsturmführer,
geboren am 14. August 1907 in Berlin,
wohnhaft in Hamburg - Gildorf,
Op'n Hainholt 35c,

war im Jahre 1942 etwa 8 Monate lang Angehöriger des Referates IV A 1 des RSHA. Infolge seines Dienst-ranges und seiner Zugehörigkeit zum belasteten Referat IV A 1 bestand der Verdacht, daß er an den Aus-sonderungen sowjetischer Kriegsgefangener mindestens insoweit mitgewirkt haben könnte, als er an den Vernehmungen einzelner bereits ausgesonderter Kommissare und Politruks mitgewirkt und wie nach den Vernehmungen an die Stalags zwecks Abgabe an die Gestapo zur Exekution in einem KL zurücküberstellt haben könnte.

Bd.XXIV,101ff

Der Beschuldigte R e i c h e n b a c h bestritt in seiner verantwortlichen Vernehmung vom 8.Oktober 1970, sowjetische Kriegsgefangene im Referat IV A 1 vernommen zu haben. Aus Geheimhaltungsgründen habe er, so gibt er weiter an, von Aussonderungen damals überhaupt nichts erfahren. Zwar erinnere er sich an den Beschuldigten K ö n i g s h e u s auf Vorhalt wieder, habe jedoch mit ihm zu keiner Zeit zusammen-gearbeitet und von dessen Tätigkeit auch keine Kenntnis erhalten.

Die Aussagen der Angehörigen des Referates IV A 1, namentlich von L i n d o w , F u r y , Dr. K n o b l o c h , K l i n g , W u t h e und S i m m o n sowie der Schreibkräfte F i s c h e r , S c h r e i e r , B e c k und S c h u l t enthalten keine Belastungen des R e i c h e n b a c h bezüglich des Gegenstandes dieses Verfahrens.

Dokumente, die Gegenteiliges zu diesen Aussagen und der Einlassung nachzuweisen geeignet wären, sind nicht vorhanden. Mangels sonstiger konkreter Anhaltspunkte ist daher das Verfahren gegen R e i c h e n b a c h einzustellen.

4) Der Beschuldigte

Pers.H. P_k 24

Andreas K e m p e l ,
früher Kriminalsekretär,
geboren am 13. Juli 1904 in Hintersteinau,
wohnhaft in Wiesbaden, Hollerbornstraße 12,

gehörte von Anfang bis Kriegsende als Sachbearbeiter dem Sachgebiet IV A 1 a des RSHA an. Er war deshalb als Beschuldigter in das Verfahren einbezogen worden. Zu seinen speziellen Aufgaben gehörte es, Vorgänge gegen Kommunisten auszuwerten und in einer Kartei zu vermerken. Außerdem war er im Vorzimmer des Referatsleiters IV A 1, V o g t , mit der Aktenvorlage beschäftigt.

Bd.VIII,16

In seinen verantwortlichen Vernehmungen vom 11. Juni und 10. Dezember 1968 bestritt der Beschuldigte K e m p e l , Vorgänge bearbeitet oder weitergereicht zu haben, die polnische oder sowjetische Kriegsgefangene betrafen. Er gab an, die zuständigen Sachbearbeiter in IV A 1 a, T h i e d e k e , später K ö n i g s h a u s , hätten ihre Vorgänge immer persönlich dem Referatsleiter V o g t zur Unterschrift vorgelegt. Aus diesem Grunde seien ihm, abgesehen von der strengen Geheimhaltung und der Tatsache, daß er nie für Kriegsgefangene zuständig gewesen sei, die Kriegsgefangenen-Vorgänge damals nicht bekannt geworden.

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen kann dem Beschuldigten Kempel nicht widerlegt werden, Kriegsgefangenen-Vorgänge nicht bearbeitet oder sonstwie an Tötungsvorgängen gegen polnische oder sowjetische Kriegsgefangene mitgewirkt zu haben. Die Aussagen der übrigen Referatsangehörigen, insbesondere der Schreibkräfte B e c k , A n d t

und F i s c h e r sowie der Sachbearbeiter
in IV A 1, F u m y, H o f f m a n n,
K l i n g, O r t m a n n und M e y e r
sowie des Referatsleiters L i n d o w stehen
seiner Einlassung nicht entgegen. Dokumente,
die Gegenteiliges enthalten könnten, liegen
nicht vor. Mangels sonstiger konkreter Anhalts-
punkte, aus denen sich eine Belastung ergeben
könnte, ist daher das Verfahren gegen den Be-
schuldigten K e m p e l einzustellen.

5) Der Beschuldigte

Pers.H.P_k 71

Gerhard K l i n g ,
früher Kriminalsekretär und
SS-Untersturmführer,
geboren am 19. April 1903 in Berlin,
wohnhaft in München 42, Veit-Stoss-Straße 17.

gegen den das Verfahren bezüglich des Teilkomplexes
Einzeltötungen polnischer Kriegsgefangener bereits
am 5. August 1968 eingestellt worden ist, ist in das
die Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener
betreffende Verfahren als Beschuldigter einbezogen
worden, weil er dem belasteten Referat IV A 1 bis
etwa Anfang 1942 (wahrscheinlich Februar 1942) als
Sachbearbeiter angehört hatte.

Die Ermittlungen habe keine konkreten Hinweise
dafür ergeben, daß er mit Tötungsvorgängen gegen
Kriegsgefangene befaßt gewesen ist. Die Schreib-
kräfte des Sachgebietes IV A 1 c haben ihn nicht
als Angehörigen dieses Sachgebietes bezeichnet.
Er soll ausschließlich im Sachgebiet "Linksoppo-
sition" SPD-Angelegenheiten bearbeitet haben.
Belastende Dokumente liegen gegen ihn nicht vor.
Von einer verantwortlichen Vernehmung ist deshalb
abgesehen worden. Das Verfahren gegen K l i n g
ist einzustellen.

Pers.H. P_n 39

6) Der Beschuldigte

Gustav Adolf N o B k e
Oberregierungsrat und
SS-Obersturmbannführer,
geboren am 29. Dezember 1902 in Halle/S.,
wohnhaft in Düsseldorf, Rosenstraße 18,

war von Juni 1942 bis zum Frühsommer 1943,
etwa Mai oder Juni 1943, Leiter des Referates
IV D 5. Urkundlich steht u.a. fest, daß NoBke
am 20. April 1943 ein Fernschreiben des Refera-
tes IV D 5 zeichnete.

In seiner verantwortlichen Vernehmung vom
1. Oktober 1968 zum Verfahren 1 Js 5.67 (RSHA)
gibt N o B k e an, sich sicher erinnern zu können,
daß während seiner Tätigkeit als Leiter des Re-
ferates IV D 5 die Angelegenheiten der Kriegsge-
fangenen noch nicht vom Sachgebiet IV A 1 c zum
Sachgebiet IV D 5 d übernommen worden waren. Diese
Angaben stimmen mit den einschlägigen Dokumenten
überein, aus denen hervorgeht, daß erst ab Juni
1943 die Kriegsgefangenen im Sachgebiet IV D 5 d
bearbeitet worden sind. Das erste, Kriegsgefangene
betreffende Dokument aus IV D 5 stammt vom
17. Juni 1943 - IV D 5 Nr. 8034.43 - (betr. Post-
verkehr sowjetischer Kriegsgefangener), das letzte
Dokument aus IV A 1 c datiert vom 29. Mai 1943
- IV A 1 c Nr. 10052.42 - (betr. Besuche von Ange-
hörigen staatlicher Behörden und Parteidiens-
stellen in Kriegsgefangenenlagern und Arbeitskom-
mandos). Demnach nahm das für Kriegsgefangene zu-
ständige Sachgebiet des Beschuldigten K ö n i g s-
h a u s seine Tätigkeit in IV D 5 d erst im
Juni 1943 zu einem Zeitpunkt auf, als der Beschul-
digte N o B k e die Leitung des Referates IV D 5
gleichzeitig oder fast gleichzeitig an seinen
Nachfolger, dem damaligen Regierungsrat und

Erlaß-Slg.

2 A III e, S.94

Erlaß-Slg.

2 A III e, S.93

SS-Sturmbannführer Jobst Thiemann (verstorben am 29. November 1966 - StA Gadderbaum, Reg.Nr. 850.66) übergeben hatte.

Das Verfahren gegen N o B k e ist deshalb einzustellen, zumal auch sonst keine ihn konkret belastenden Umstände bezüglich des Komplexes der Massen- und Einzeltötungen von Kriegsgefangenen im Rahmen dieses Verfahrens festgestellt worden sind. Von einer verantwortlichen Vernehmung zum Gegenstand dieses Verfahrens konnte aus den dargelegten Gründen abgesehen werden.

Pers.H. P_{sch}

7) Der Beschuldigte

Walter S c h m i d t ,
früher Regierungsamtman im RSHA,
geboren am 11. Dezember 1899 in Hamburg,
wohnhaft in Kiel, Projensdorfer Straße 17,

war als Sachbearbeiter des belasteten Referates
IV D 5, bei dem er ab etwa August 1943 beschäf-
tigt gewesen ist, in das Verfahren einbezogen wor-
den. Die Ermittlungen im Verfahren 1 Js 5/67 (RSHA)
haben jedoch ergeben, daß S c h m i d t nicht
dem für Kriegsgefangene zuständigen Sachgebiet
IV D 5 d, sondern lediglich dem Sachgebiet
IV D 5 c angehört hat, das Angelegenheiten der
Ostarbeiter bearbeitete. Das Verfahren ist
deshalb gegen ihn einzustellen, ohne daß es seiner
verantwortlichen Vernehmung zum Gegenstand dieses
Verfahrens bedarf.

Pers.H. P_z 21

8) Der Beschuldigte

Fritz Z i m m a t ,
früher Polizeiobersekretär und
SS-Untersturmführer,
geboren am 2. Juli 1908 in Kiel,
wohnhaft in Kiel, Klosterkirchhof 14/16,

soll nach den Telefonverzeichnissen des RSHA vom Mai 1942 und Juni 1943 Angehöriger des Referates IV D 3 (Staatsfeindliche Ausländer, Emigranten), sowie laut Seidel-Aufstellung des ab April 1944 eingerichteten Nachfolgereferates IV B 2 a (Ostgebiete, Sowjetunion) gewesen sein. Da letzteres u.a. auch für Kriegsgefangene zuständig war, wurde Z i m m a t in das Verfahren als Beschuldigter einbezogen. In seiner verantwortlichen Vernehmung vom 10. September 1968 erklärte er, er könne sich nicht mehr an die Bezeichnungen der Referate erinnern, bei denen er tätig gewesen sei. Er sei nur mit Verwaltungssachen beschäftigt gewesen. Auf keinen Fall habe er mit den Angelegenheiten von Kriegsgefangenen zu tun gehabt. Die ihm vorgehaltenen Sachbearbeiter für das Kriegsgefangenenwesen T h i e d e k e , G r ü n d l i n g und K ö n i g s h a u s kenne er nicht. Dem Referatsleiter IV D 5, T h i e m a n n , habe er dienstlich nicht unterstanden.

Nach Angaben des Beschuldigten P i l l i n g soll Z i m m a t nicht dem belasteten Sachgebiet IV D 5, sondern dem Sachgebiet IV D 3 angehört haben, bei dem dieser einfache Arbeiten (Registratur, Statistik) verrichtet habe. Die in IV D 5/IV B 2 a tätig gewesenenen Zeuginnen B e c k , G ü n t h e r und W e i s e r sowie der Registrator S i m o n können sich nicht erinnern.

daß Z i m m a t in dem für Kriegsgefangene zuständigen Sachgebiet tätig gewesen ist. Diesbezügliche Dokumente liegen nicht vor, so daß sich der nach der Seidel-Aufstellung ursprünglich bestehende Verdacht mangels konkreter Anhaltspunkte nicht bestätigt hat. Das Verfahren gegen Z i m m a t ist deshalb einzustellen.

Die Beschuldigten

Pers.H. P_p 36

- 9) Albin P i l l i n g ,
früher Polizeiinspektor und
SS-Hauptsturmführer,
geboren am 22. Februar 1910 in Gießen,
wohnhaft in Düsseldorf, Jülicher Straße 47,

Pers.H. P_h 54

- 10) Wilhelm H a y n ,
früher Kriminalsekretär und
SS-Untersturmführer,
geboren am 5. Januar 1903 in Lissa,
wohnhaft in Berlin 36, Glogauer Straße 33,

gehörten nach der Seidel-Aufstellung im Jahre 1944/1945 dem Referat IV B 2 a des RSHA an, das u. a. für Kriegsgefangene zuständig war, weshalb sie als Beschuldigte in das Verfahren einbezogen wurden.

Die Zeuginnen G ü n t h e r und B e c k , die in IV B 2 a Kriegsgefangenenvorgänge schrieben, und der Registrator S i m o n verneinen übereinstimmend, daß P i l l i n g und H a y n auf diesem Gebiet tätig gewesen sind. In seinen Vernehmungen vom 28. August 1968 und 24. Oktober 1969 zu dem Verfahren 1 Js 5/67 (RSHA) gab P i l l i n g u.a. an, niemals mit den Angelegenheiten der Kriegsgefangenen befaßt gewesen zu sein. H a y n erklärte in seiner Vernehmung vom 16. Oktober 1969 zu dem Verfahren 1 Js 5/67 (RSHA) ebenfalls, auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens nicht gearbeitet zu haben. Da keine sie auf diesem Gebiet belastenden Zeugenaussagen und auch keine Dokumente vorliegen, denen Gegenteiliges entnommen werden könnte, wurde von ihrer verantwortlichen Vernehmung in dieser Sache abgesehen. Das Verfahren gegen sie ist einzustellen.

Hinsichtlich der weiteren Beschuldigten haben die Ermittlungen folgendes ergeben:

- Pers.H. P_{st} 9 11) Paul S t e f f e n ,
früher Kriminalinspektor,
geboren am 13. September 1881 in Neu-Tessin,
(Identität fraglich),
Aufenthalt unbekannt,
- Pers.H. P_k 160 12) K ü h n ,
früher Polizeiobersekretär,
weitere Personalien unbekannt
- Pers.H. P_w 109 13) W o l f ,
weitere Personalien und Aufenthalt
nicht bekannt
- Pers.H. P_r 93 14) R o s e ,
SS-Hauptsturmführer,
weitere Personalien und Aufenthalt
nicht bekannt,

sind laut Seidel-Aufstellung im Jahre 1944/1945/^{in dem}
für das Kriegsgefangenenwesen zuständigen Referat IV B 2 a des RSHA/^{beschäftigt} gewesen. Die zu Fragen der Besetzung und Tätigkeit in diesem Referat vernommenen Zeugen konnten keine konkreten Hinweise geben, aus denen zu entnehmen war, daß die Beschuldigten zu 11) bis 14) mit Vorgängen gegen Kriegsgefangene im Rahmen dieses Verfahrens befaßt gewesen sind. Dokumente, die sie belasten könnten, sind nicht aufgefunden worden. Das Verfahren gegen sie ist daher einzustellen.

Pers.H.P_{sch} 224

- 15) Ferdinand S c h ä f e r ,
früher Polizeisekretär,
geboren am 4. Mai 1908 in Bonn,

ist in den Kreis der Beschuldigten einbezogen worden, weil er zeitweise im Referat IV B 2 tätig gewesen sein soll, das für Kriegsgefangene zuständig war. Schäfer ist mit Wirkung vom 8. Mai 1945 (vgl. Spruchkammerakten S.f.s. 01257) für tot erklärt worden. Weitere Nachforschungen blieben ergebnislos.

Pers.H.P_p 72

- 16) Günter P ü t z ,
früher Kriminalrat und
SS-Hauptsturmführer,
geboren am 29. Juni 1913 in Hamborn,

ist laut Sterbeurkunde des Standesamtes Oberbruch vom 8. Mai 1969 - Nr. 40/69 - am 7. Mai 1969 in Oberbruch-Dremmen verstorben.

Pers.H.P_t 18

- 17) Franz T h i e d e k e ,
früher Regierungsamtsrat und
SS-Sturmbannführer,
geboren am 26. Juni 1893 in Milonka,

war von Kriegsbeginn an Leiter des für Kriegsgefangene zuständigen Sachgebietes IV A 1 c des RSHA bis zum 31. März 1942. Seine Tätigkeit im Sachgebiet IV A 1 c, die am 1. April 1942 der Beschuldigte K ö n i g s h a u s übernahm, und seine Mitwirkung an Erlassen und Einzelanordnungen zur Tötung von zahlreichen polnischen und sowjetischen Kriegsgefangenen ist in den Abschlußvermerken zu diesem Verfahren vom 15. September 1970 (Teil A) und 1. November 1970 (Teil B), auf die verwiesen wird, eingehend dargelegt.

Pers.H. P_t 18

T h i e d e k e ist laut Beschluß des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg - Abt. 60 - vom 12. Mai 1959 - 70^d 33/59 - mit Wirkung vom 31. Dezember 1945 für tot erklärt worden. Eingehende Nachforschungen über den Verbleib des T h i e d e k e blieben erfolglos (vgl. die Vermerke der Abt. I des PP vom 23. Februar, 10. März und vom 22. Juni 1967).

II. Das Verfahren gegen die Beschuldigten

- zu I
- 1) Dr. Friedrich R a n g
 - 2) Kurt L i s c h k a
 - 3) Joachim R e i c h e n b a c h
 - 4) Andreas K e m p e l
 - 5) Gerhard K l i n g
 - 6) Gustav-Adolf N o s k e
 - 7) Walter S c h m i d t
 - 8) Fritz Z i m m a t
 - 9) Albin P i l l i n g
 - 10) Wilhelm H a y n
 - 11) Paul S t e f f e n
 - 12) K ü h n
 - 13) W o l f
 - 14) R o s e

wird aus den Gründen des Vermerkes zu I 1)-14) gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO eingestellt.

III. Das Verfahren gegen die Beschuldigten

- zu II 15) Ferdinand S c h ä f e r
- 16) Günter P ü t z
 - 17) Franz T h i e d e k e

hat sich durch deren Tod erledigt.

IV. - V. pp

Berlin 21, den 24. Februar 1971

1227/65

Hauswald
Erster Staatsanwalt

Ad.